Deutscher Bundestag **Drucksache 18/71**

18. Wahlperiode 20.11.2013

Antrag

der Bundesregierung

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission in Südsudan (UNMISS) auf Grundlage der Resolution 1996 (2011) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 8. Juli 2011 und Folgeresolutionen, zuletzt 2109 (2013) vom 11. Juli 2013

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stimmt der von der Bundesregierung am 20. November 2013 beschlossenen Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission in Südsudan (UNMISS) auf Grundlage der Resolution 1996 (2011) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 8. Juli 2011 und Folgeresolutionen, zuletzt 2109 (2013) vom 11. Juli 2013, zu. Die hierfür vorgesehenen Kräfte können eingesetzt werden, solange ein Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages vorliegen, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 2014.
2. Die Regelungen der Beschlüsse der Bundesregierung vom 6. Juli 2011 (Bundestagsdrucksache 17/6449), 14. September 2011 (Bundestagsdrucksache 17/6987) und 17. Oktober 2012 (Bundestagsdrucksache 17/11037), denen der Deutsche Bundestag am 8. Juli 2011, am 29. September 2011 und 8. November 2012 zugestimmt hat, gelten fort. Es können insgesamt bis zu 50 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden.
3. Die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an UNMISS werden für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2014 rund 962 000 Euro betragen und aus Einzelplan 14 Kapitel 14 03 Titelgruppe 08 bestritten. Für die einsatzbedingten Zusatzausgaben wurde im ersten Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 Vorsorge getroffen. Für den zweiten Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 wird entsprechend verfahren werden.

Begründung

Knapp zweieinhalb Jahre nach der Erklärung seiner Unabhängigkeit am 9. Juli 2011 steht Südsudan weiterhin vor großen Herausforderungen. Die wirtschaftliche Situation des Landes ist von extremer Unterentwicklung geprägt. Humanitäre Notlagen sowie eine fragile Sicherheitslage prägen das Bild in verschiedenen Regionen des Landes. Die staatliche Verwaltung in Südsudan ist ebenso wie die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur weiterhin nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Ihr Aufbau und die politische Stabilisierung der internen Situation bedürfen weiterhin intensiver Unterstützung durch die internationale Staatengemeinschaft.

Am 8. Juli 2011 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unter deutscher Präsidentschaft Resolution 1996 (2011), mit der die Mission der Vereinten Nationen in Südsudan (United Nations Mission in South Sudan, UNMISS) eingerichtet wurde. Der Sicherheitsrat entsprach damit auch der Bitte Südsudans nach einer fortgesetzten Präsenz der Vereinten Nationen nach Beendigung der Mission UNMIS (United Nations Mission in Sudan). Zuletzt wurde das Mandat von UNMISS am 11. Juli 2013 mit Resolution 2109 (2013) bis zum 15. Juli 2014 verlängert. Kernaufgaben der Mission sind nach wie vor die Unterstützung der südsudanesischen Regierung bei der Friedenskonsolidierung und dadurch längerfristig des Staatsaufbaus und der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. UNMISS leistet darüber hinaus Unterstützung bei der Gewährleistung von Sicherheit, Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und Stärkung des Sicherheits- und Justizsektors. Eine enge Abstimmung mit den in Südsudan präsenten Organisationen der Vereinten Nationen ist vorgesehen.

Nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen ist UNMISS autorisiert, zum Eigenschutz, zur Gewährleistung der Sicherheit und der Bewegungsfreiheit der eigenen Kräfte sowie der der humanitären Helfer, zur Verhinderung von gewaltsamen Übergriffen sowie – unbeschadet der Verantwortung der südsudanesischen Regierung – zum Schutz von Zivilisten im Rahmen der eigenen Fähigkeiten die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Dies schließt die Anwendung militärischer Gewalt im Rahmen der von den Vereinten Nationen erlassenen Einsatzregeln ein.

Deutschland kann mit einer Beteiligung von bis zu 50 Soldatinnen und Soldaten an der Friedensmission einen effektiven Beitrag zu den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft zur Befriedung in Südsudan leisten.

Nach der Unabhängigkeit Südsudans vor knapp zweieinhalb Jahren geht es für die südsudanesische Regierung in erster Linie darum, wirtschaftliche und innenpolitische Stabilität herzustellen. Gleichzeitig soll ein angemessener, friedlicher Ausgleich mit Sudan erreicht werden. Eine Kernaufgabe bleibt, Schutz und Sicherheit für die eigene Bevölkerung zu gewährleisten sowie der Bevölkerung möglichst schnell eine glaubhafte Perspektive zur Verbesserung der Lebensbedingungen aufzuzeigen. Weiterhin ist es für die Zukunft des neuen Staates entscheidend, dass demokratische Menschenrechts- und Rechtsstaatsstandards wirksam implementiert und eingehalten werden. Für diesen gesamten Komplex von Herausforderungen bleibt internationale Unterstützung für Südsudan auf längere Sicht erforderlich.

Innenpolitisch konnten durch die Schließung mehrerer Lücken im südsudanesischen Rechtssystem und durch Fortschritte bei der Reform des dortigen Sicherheitssektors bereits wichtige Ziele erreicht werden. Anlass zur Sorge gibt jedoch der im Vorfeld der im Jahr 2015 stattfindenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen begonnene Machtkampf, bei dem Stammeszugehörigkeiten und alte Rivalitäten eine bedeutende Rolle spielen werden. 50 Jahre Bürgerkriegserfahrung bergen dabei ein erhebliches Eskalationspotenzial.

Die südsudanesische Regierung konzentriert ihre innenpolitischen Anstrengungen weiterhin auf die wirtschaftliche Stabilisierung des Landes. Die gegen den Nachbarstaat Sudan gerichtete Einstellung der Erdölproduktion von Februar 2012 bis April 2013, deren Einnahmen 98 Prozent der Staatseinnahmen ausmachen, hat die wirtschaftliche Entwicklung des Landes stark behindert. Obwohl sich das Verhältnis zu Sudan in letzter Zeit deutlich verbessert hat, kann eine erneute Instrumentalisierung der Erdölproduktion als politisches Druckmittel im Verhältnis der beiden Länder mittelfristig nicht ausgeschlossen werden. Vor diesem Hintergrund erwägt Südsudan den Bau alternativer Pipelines durch Kenia oder über Äthiopien nach Dschibuti.

Die Sicherheitslage bleibt vielerorts fragil. Zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen der südsudanesischen Armee und den Rebellen um David Yau Yau sowie zwischen lokalen ethnischen Gruppen um Vieh und Weideland kommt es insbesondere im nordöstlichen Bundesstaat Jonglei und dessen Ausläufern. Zwischenzeitlich haben viele Menschen aus Furcht vor erneuten Angriffen die betroffenen Siedlungsgebiete

verlassen. Außerdem ist die humanitäre Lage schwierig, v. a. hinsichtlich der Versorgung mit Lebensmitteln. UNMISS leistet wichtige Unterstützung beim Schutz der Zivilbevölkerung, der allein durch die nationale Armee nicht gewährleistet werden kann, sowie bei der Sicherung humanitärer Hilfsmaßnahmen. Die Stabilisierung der Region, in der es weiterhin zu Gewaltausbrüchen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen kommt, ist für die südsudanesische Regierung ein prioritäres Ziel. Mit Unterstützung von UNMISS ist es ihr gelungen, ein Versöhnungsabkommen zwischen den ethnischen Gruppen der Region zu verhandeln. Ebenfalls wurde mit der Strafverfolgung der für Übergriffe auf die Zivilbevölkerung verantwortlichen Armeeangehörigen begonnen, wobei die rechtsstaatlichen Kapazitäten für eine konsequente Aufklärung und Verfolgung wesentlich ausgebaut werden müssen.

Das deutsche Engagement bei UNMISS ist Teil der langjährigen Bemühungen der Bundesregierung um eine dauerhafte Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung in Sudan und Südsudan. Die Präsenz von UNMISS sowie die enge Kooperation mit der Mission stellen eine wichtige Bedingung für die Wirksamkeit des deutschen bilateralen sowie des europäischen Engagements in Südsudan dar. Angesichts der vielfältigen Herausforderungen sowie der schweren Ausgangsbedingungen für Südsudan geht es für die internationale Gemeinschaft als Ganzes darum, ein mögliches Abgleiten Südsudans in einen gescheiterten Staat in einer ohnehin fragilen Region mit den negativen regionalen und globalen Folgen zu verhindern. Knapp zweieinhalb Jahre nach der Staatswerdung ist die internationale Begleitung Südsudans regionalpolitisch damit von großer Bedeutung. Eine geordnete und stabile Entwicklung Südsudans ist Bedingung für die Stabilität der ostafrikanischen Region.

Deutschland hat UNMISS von Beginn an mit Stabspersonal unterstützt, zuletzt mit 16 Soldaten. Darüber hinaus sind fünf deutsche Polizisten in der Mission der Vereinten Nationen eingesetzt.

Deutschland unterstützt die friedliche und nachhaltige Entwicklung in Südsudan auf der Grundlage der gemeinsamen Länderstrategie der Europäischen Union (EU) (Januar 2012). Die EU bekräftigt darin ihre Bereitschaft, mit der Regierung Südsudans und den internationalen Partnern, insbesondere mit UNMISS, zusammenzuarbeiten und sie in ihren Bemühungen um eine Konsolidierung der Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sowie der verantwortungsvollen Staatsführung, um die Korruptionsbekämpfung, die Schaffung eines günstigen Umfelds für ausländische Investitionen sowie um Transparenz und Rechenschaftspflicht zu unterstützen. Gleichzeitig zeigt die EU sich besorgt über die von südsudanesischen Sicherheitskräften begangenen Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung sowie über die schweren Zusammenstöße zwischen Gemeinschaften in Südsudan, insbesondere in der Provinz Jonglei, bei denen unzählige Menschen getötet und vertrieben worden sind.

In Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft wird Südsudan von der Bundesregierung beim Aufbau staatlicher und rechtsstaatlicher Strukturen sowie beim Aufbau der städtischen Wasserversorgung unterstützt. Zur Förderung dieser Bereiche hat die Bundesregierung Südsudan bei den Regierungsverhandlungen im Juli 2013 Fördergelder in Höhe von 19,5 Mio. Euro zugesagt. Darüber hinaus leistet Deutschland durch die Zusammenarbeit im Landwirtschaftssektor weiterhin einen Beitrag zur Ernährungssicherung.

Zusätzlich fördert die Bundesregierung Projekte, die die Arbeit von UNMISS unterstützen. So unterstützte das Auswärtige Amt über fünf Jahre hinweg bis Ende 2012 den Radiosender der Vereinten Nationen „Radio Miraya“ mit insgesamt rund 2 Mio. Euro. Im Rahmen des seit 2009 laufenden Programms „Stärkung der Funktionsfähigkeit von Polizeistrukturen in Afrika“ fördert das Auswärtige Amt auch eine Teilkomponente in Südsudan (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH). Dabei wird im Jahr 2013 insbesondere die Ausbildung von Funkern und Wartungstechnikern (mit einem Volumen von rund 750 000 Euro) unterstützt. Das Vorhaben wird 2013 fortgeführt. Das Auswärtige Amt fördert in Südsudan auch Programme zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (2012/2013 mit rund 2,6 Mio. Euro), ein Projekt zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit durch juristische Ausbildung und Beratung (2012 mit rund 560 000 Euro, 2013 mit 450 000 Euro) sowie ein Projekt zur Unterstützung des Verfassungsprozesses (2012 rund 880 000 Euro; 2013 ca. 830 000 Euro).

Südsudan ist ein Schwerpunkt der deutschen humanitären Hilfe. Neben Maßnahmen der Sofort-, Not- und Übergangshilfe durch deutsche und internationale Nichtregierungsorganisationen steht hierbei vor allem auch die Stärkung der von den Vereinten Nationen geführten internationalen humanitären Hilfe im Vordergrund. Aufgrund der zunehmenden Notlagen wurde die humanitäre Hilfe für Südsudan im Jahr 2013 aufgestockt und beläuft sich aktuell auf rund 8,1 Mio. Euro. Neben Maßnahmen der Flüchtlingshilfe wurden vor allem Projekte im Bereich der Basisversorgung, aber auch der Katastrophenvorsorge unterstützt. Weitere Maßnahmen können kurzfristig und bedarfsorientiert ermöglicht werden.

Auch die entwicklungsfördernde und strukturbildende Übergangshilfe (ESÜH) wird fortgesetzt. Aus dem ESÜH-Titel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurden im Haushaltsjahr 2012 Mittel in Höhe von 10,4 Mio. Euro für Südsudan zur Verfügung gestellt. Diese wurden über die GIZ, den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WEP), das Deutsche Rote Kreuz e. V. (DRK), die Diakonie Katastrophenhilfe sowie den Deutschen Caritasverband e. V. umgesetzt. Inhaltliche Schwerpunkte sind: Ernährungssicherung, Bildung und Hygiene sowie Aufbau sozialer und produktiver Infrastruktur. Die Maßnahmen richten sich vor allem an die lokale Bevölkerung, Rückkehrer und intern Vertriebene.

In Südsudan werden mit Mitteln der nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit u. a. Projekte im Bereich der Grundversorgung und der Stärkung der Zivilgesellschaft gefördert. Bei der Umsetzung dieser Mittel sind vor allem kirchliche Träger bedeutende Partner der Bundesregierung.

Deutschland hat die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit Südsudan 2005 nach dem Abschluss des umfassenden Friedensvertrages zwischen Dschuba und Khartum wieder aufgenommen und seither die Unterstützung der südsudanesischen Regierung beim Staatsaufbau insbesondere in den Bereichen „Verwaltungsreform und Dezentralisierung“, „Entwicklung des städtischen Wasser- und Sanitärsektors“ und „Ernährungssicherheit und landwirtschaftliche Entwicklung“ ausgebaut. Seither wurden rund 55 Mio. Euro bilaterale deutsche Entwicklungszusammenarbeit zugesagt und weitere 10 Mio. Euro aus Altmitteln der Finanziellen Zusammenarbeit als Beitrag zum Multi-Donor Trust Fund Südsudan verwendet sowie 10 Mio. Euro aus Altmitteln der Finanziellen Zusammenarbeit zum Aufbau der städtischen Wasserversorgung bereitgestellt.

Neben dem bilateralen Engagement leistet die Bundesregierung auch durch multilaterale Institutionen und die EU einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung in Südsudan. Für 2011 bis 2013 sind 85 Mio. Euro aus Mitteln des 9. sowie vorheriger Europäischer Entwicklungsfonds (EEF) zur Unterstützung des Staatsaufbaus und der Entwicklung in Südsudan vorgesehen. Weitere 200 Mio. Euro aus freigegebenen Mitteln des 9. und vorangegangener EEF wurden im Mai 2011 vom Rat für Auswärtige Beziehungen zur Verfügung gestellt. Die Bundesregierung unterstützt führend das „EU Joint Programming“ für Südsudan, durch das die Entwicklungszusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten besser verzahnt werden soll.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333